

Dennoch plädiere ich nicht dafür, ihnen den Status als Vordenker im Kanon der liberalen Demokratie zu entziehen. Zum Beispiel stellt sich Tocqueville an keiner Stelle gegen Forderungen einer Erweiterung des Wahlrechts, wie sie in seiner Zeit durchaus vorhanden waren. Mill tritt sogar selbst für eine substanzielle Erweiterung derselben ein und Weber engagiert sich gegen reaktionäre Tendenzen und für eine Gleichheit des Wahlrechts. Es ist der defensive Charakter ihrer Demokratisierungsstrategie und das daraus hervorgehende moderne Demokratieverständnis, das hier hervorgehoben werden soll: Zusammengefasst gibt die Auseinandersetzung mit politischen Institutionen einen Einblick in die Passivität, die die liberalen Demokratietheoretiker den Bürger:innen institutionell verordnen. Die liberale Demokratietheorie hat auf diese Weise mit dem Ziel, die bürgerliche Ordnung zu garantieren, immer wieder Ausschlüsse erzeugt, die angesichts des demokratischen Versprechens gleicher und effektiver Partizipation unangemessen sind. So hat diese Arbeit ebenso gezeigt, dass eigenständige Auseinandersetzungen mit der Institutionenpolitik, die in Demokratietheorien enthalten sind oder sie flankieren, unabdingbar für die umfängliche Einschätzung mit der Frage sind, in welcher Weise sie dem Versprechen gleicher und effektiver Partizipation verpflichtet sind.

3 Der ideenpolitische Einfluss der defensiven Demokratisierung

Auch wenn die spezifisch liberale defensive Demokratisierung mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den »westlichen« Demokratien historisch abgeschlossen ist, haben sich sowohl die theoretischen Modelle als auch die Institutionenpolitik als besonders wirkmächtig und anschlussfähig erwiesen. So wird das politische Denken Tocquevilles insbesondere im Frankreich der 1970er Jahre von »antitotalitären« Denkern des liberalen *Centre Raymond Aron* wieder aufgegriffen (vgl. Hofmann/Jörke 2022: 543). Für Aron selbst sollte Tocqueville im Kontext der mit dem Jahr 1968 assoziierten sozialistischen und kommunistischen Bewegungen in Frankreich dabei explizit als »Gegenpol zur Revolutionsgeschichtsschreibung« (ebd.: 543) fungieren. Damit wurde die in dieser Arbeit beschriebene Erzählung Tocquevilles im Rahmen der Abgrenzung des Demokratiebegriffs vom Sozialismus wieder aufgegriffen. Arons Schüler:innen, wie etwa der Demokratietheoretiker Claude Lefort, nehmen Tocquevilles Warnung vor einem neuen wohlfahrtsstaatlichen »demokratischen Despotismus« auf und flechten sie in ihre eigenen antisozialistischen Überlegungen ein, in deren Zentrum neben dem Lob der »Zivilgesellschaft« die Staats- und Bürokratiekritik steht (vgl. ebd.: 544f.).²

2 Ein weiteres Beispiel ist die Tocqueville-Rezeption des revisionistischen Historikers der französischen Revolution von 1789, François Furet, der Tocqueville als Ratgeber gegen die egalitäre französische Linke empfahl (vgl. Christofferson 2016).

Auch John Stuart Mills Demokratietheorie erlebt seit spätestens Anfang der 2000er Jahre eine Renaissance. So wird Mill als Demokratietheoretiker begriffen, der ein reichhaltigeres Politikverständnis als etwa der zeitgenössische Liberalismus (Berlin) oder Republikanismus (Skinner/Pettit) habe (vgl. Urbinati 2002: 1). Mit der Wiederentdeckung des demokratischen Athens habe Mill eine pluralistische und deliberative Version des demokratischen Denkens eingeführt (vgl. ebd.: 4). In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde Mill außerdem als Ideengeber eines liberalen Sozialismus aufgegriffen, der insbesondere für eine Demokratisierung der Wirtschaft eintrete (vgl. Pateman 1970). Diese Einschätzung ist heute präsenter denn je, wenn Mill nicht nur als Unterstützer von Produktionsgenossenschaften (vgl. Baum 1999 und 2007, McCabe 2021), sondern gar als Vertreter eines plebejischen Demokratieverständnisses (vgl. Arlen 2022) gedeutet wird. Diese Rückgriffe auf Mill von linksliberaler Seite sind in der Regel davon geprägt, dass sie sein bisweilen antidemokratisches institutionenpolitisches Denken (vgl. Arneson 1987: 79) entweder ausblenden oder relativieren.³

In Bezug auf die Rezeption des demokratietheoretischen Denkens von Max Weber ist allen voran die Demokratietheorie Joseph Schumpeters zu nennen. Sie gilt als eine der einflussreichsten des 20. Jahrhunderts. Wenig beachtet wird dabei, dass der Kern seines elitären Demokratieverständnisses in weiten Teilen am Werk Webers orientiert ist. Das mag daran liegen, dass Weber in erster Linie institutionenpolitisch argumentiert, wohingegen sich Schumpeter weitgehend auf die abstrakte Ebene beschränkt: In seiner minimalistischen Demokratietheorie definiert er Demokratie als eine formale Methode zur Auswahl von Führungspersonal, das um die wichtigsten Staatsämter konkurriert (vgl. Schumpeter 1993: 384ff.). Wie Weber nimmt er dabei die Abwertung der Rolle der Wählenden zugunsten des politischen Führungspersonals vor: Es gehe nicht um ihren Willen, sondern um ihre einzelnen Wahlentscheidungen, die analog zum Marktprinzip durch das Angebot von Bewerbern um politische Ämter geformt werden (vgl. ebd.: 428). Auch Schumpeter sieht daher die Eignung dafür bei einer besonders qualifizierten politischen Klasse und ist bereit, sogar das allgemeine Wahlrecht infrage zu stellen: So sei die »Reife« zum Wählen »eine Sache der Ansicht und des Grades« (ebd.: 387), die durch entsprechende Regeln festgelegt werden müssen. Dies kann für Schumpeter wie bei Mill auch die Fähigkeit sein, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern (vgl. ebd.). Historisch sind Schumpeters demokratietheoretische und institutionenpolitische Schriften als ein Beitrag zur Zurückdrängung der Versuche im Rahmen des *New Deals* in den USA zu verstehen, die Demokratisierung über wohlfahrtsstaatliche Reformen auf die Wirtschaft auszuweiten (vgl. Medearis 1997). Hier können seine Schriften die Fortsetzung des Paradigmas der defensiven Demokratisierung beanspruchen. Schumpeters Demokratietheorie hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts

3 Letzteres habe ich für McCabe (2021) an anderer Stelle gezeigt (vgl. Meyer 2022).

als äußerst anschlussfähig für diejenigen Theoretiker:innen erwiesen, die sich ebenfalls von konservativer Seite für eine Einschränkung des Demokratiebegriffs auf die Wahl konkurrierender Führungspersönlichkeiten oder Parteien einsetzten. In diesem Sinne beriefen sich weitere einflussreiche Demokratieforscher wie Anthony Downs (vgl. 1957: 29), Seymour M. Lipset (vgl. 1959: 71) und Samuel Huntington (vgl. 1984: 195) direkt auf Schumpeters Demokratiebegriff. Somit orientieren sich zahlreiche demokratietheoretische Überlegungen des 20. Jahrhunderts an der argumentativen Grundstruktur der defensiven Demokratisierung. Durch ihre wiederholte Einbettung in Theorien der Demokratie avancierte sie so zu einem wirkmächtigen und tradierten Aspekt des liberalen Denkens.

Neben den bewussten und unbewussten demokratietheoretischen Rückgriffen auf die liberale Demokratietheorie der defensiven Demokratisierung erweisen sich auch deren institutionenpolitische Strategien als wegweisend. Auch sie sind trotz der Einführung des allgemeinen Wahlrechts und der zugehörigen Vollendung des institutionellen Arrangements politischer Institutionen der »westlichen« Demokratien erneut aufgegriffen worden. So hat der Ökonom Friedrich von Hayek, der schwerlich als Demokratietheoretiker gelten kann,⁴ einige wichtige in dieser Arbeit vorgestellten institutionenpolitische Elemente übernommen. Direkt beziehungsweise auf John Stuart Mill schlägt er eine Legislativkommission vor, die gewährleisten soll, dass nur »allgemeine« Gesetze verabschiedet werden und keine »besonderen«, die etwa mittels Subvention bestimmte wirtschaftliche Steuerungsprozesse übernehmen oder mit sozialstaatlichen Maßnahmen in Not geratene Bürgerinnen und Bürger unterstützen (vgl. Hayek 1981: 154ff.). Zugleich spricht er sich für die Rücknahme zentraler Wahlrechtserweiterungen aus: Die Wahlberechtigung könne Hayek zufolge ohne die Gleichheit des Gesetzes zu verletzen eingeschränkt werden: auf das Mindestalter von 40 Jahren, den Bezug von Einkommen, die Vorstände eines Haushalts oder Alphabetisierte (vgl. Hayek 1991: 127f.). Vor allem aber ist Hayeks Plädoyer für supranationale Institutionen und föderale Strukturen an dieser Stelle zu nennen, die er zur Einschränkung der sozialstaatlichen Kontrolle wirtschaftlicher Prozesse forderte. Mit Blick auf heutige Kritiken an der Verfassung der EU (vgl. Streeck 2015, Jörke 2019) hat dieses Plädoyer entweder einen prophetischen Charakter oder einen direkten Einfluss auf die Ausgestaltung der europäischen Institutionen und ihre marktliberale Wirkung gehabt. In einem Aufsatz von 1952 schreibt Hayek, dass ein möglichst großer Bundesstaat die beste Lösung sei, um einen staatlichen Rahmen zu schaffen, der den größtmöglichen unternehmerischen Spielraum sowie den Fortbestand des Marktmechanismus gewährleiste (vgl. Hayek 1952: 340). Da die nationalstaatliche Verfassung die Grundlage einer eingreifenden Wirtschaftspolitik und Planwirtschaft sei, spricht er sich dafür aus,

4 Zur Entdemokratisierung bei Hayek vgl. Reichhold (2018: 132ff.), für die politische Theorie des Neoliberalismus insgesamt vgl. Biebricher (2021) und Slobodian (2019).

die Nationalstaaten gleich ganz abzuschaffen: »Die Abschaffung souveräner Nationalstaaten und die Schaffung einer wirksamen Rechtsordnung sind die notwendige Ergänzung und die notwendige Vollziehung des liberalen Programms.« (vgl. ebd.: 341)

4 Wiederkehr der defensiven Institutionenpolitik? Schlussfolgerungen für die demokratische Theorie und Praxis

Wie Eberl, Jörke und Salomon (2022) gezeigt haben, erlangten in letzter Zeit Beiträge aus verschiedenen politischen Lagern Aufmerksamkeit, in deren Argumentationen der von Tocqueville und Mill im 19. Jahrhundert begründete »Blick nach unten« wiederkehrt. Während Autoren wie der Philosoph Jason Brennan (2018) und der Ökonom Markus Krall (2020) sich bei der von der Leitidee der defensiven Demokratisierung geprägten Institutionenpolitik bedienen – sie fordern mit je unterschiedlichen politischen Motivationen Einschränkungen des Wahlrechts – greifen auch bestimmte Erklärungsversuche des Rechtspopulismus auf dieses Narrativ zurück: Wenn etwa in diesem Zusammenhang von kulturellen Modernisierungsverlusten die Rede ist, erinnert dies an den bürgerlichen Avantgardismus Mills gegenüber den »unteren Klassen«, der sich bis weit ins progressive Lager hinein erkennen lässt (vgl. Eberl/Jörke/Salomon 2022: 19ff.). Dessen Forderung nach mehr Bildung der »unteren Klassen«, um sie zur Demokratie zu befähigen, findet sich in abgeänderter Form in der heutigen demokratietheoretischen Krisenliteratur wieder (vgl. Schäfer/Zürn 2021: 220ff., Crouch 2022: 269f., kritisch dazu Jörke 2022).

Ebenso werden etwa von Colin Crouch klassische Institutionalisierungsmuster dem Paradigma der defensiven Demokratisierung entnommen: Explizit – wenn auch mit entsprechender Distanzierung – an Hayek anschließend, betont Crouch die Notwendigkeit nicht-demokratischer Institutionen, insbesondere denjenigen der EU. Nicht-demokratische (oder auch nicht-*majoritäre*) europäische Institutionen wie der EuGH könnten so zum Schutz der Demokratie beitragen, indem sie etwa die Einmischung von Regierungen in die Justiz – wie im Falle Polens und Ungarns – verhindern (vgl. Crouch 2022: 248). Auch die EZB könne mit der Festlegung von Zinssätzen die Möglichkeiten der »Wählerbestechung« durch ungerechtfertigt hohe Staatsausgaben begrenzen (vgl. ebd.: 246). Einen ähnlichen Weg schlägt der politisch im linksliberalen Lager verortete⁵ Demokratietheoretiker Pierre Rosanvallon ein, wenn er nicht-majoritäre Institutionen wie Verfassungsgerichte und Zentralbanken zur Kontrolle und Überwachung demokratisch gewählter Regierungen in Stellung bringt: Insbesondere die Verfassungsgerichte sind laut Rosanvallon

5 Zur werksgeschichtlichen Einordnung vgl. Schulz (2016) und Weymans (2019).